

Wir müssen reden. Dringend!



Von MARTIN E. RENNER | Wie erwartet, beginnt das Jahr 2021 politisch mit einem höchst denkwürdigen Paukenschlag. Nachdem wütende Demonstranten das Washingtoner Kapitol stürmten, gibt es leider vier Todesopfer zu beklagen.

In leidlich bekannter Manier verurteilen Politik und Medien bereits Trump als einzig verantwortlichen, allein schuldigen Übeltäter und Verursacher der Ausschreitungen. Nur vereinzelt werden Überlegungen laut, wie es – trotz der Vorhersehbarkeit potentieller Grenzüberschreitungen einer offensichtlich aufgebrachten und wütenden Menge – überhaupt so weit kommen konnte. Denn diese „Erstürmung“ war wohl keine Erstürmung, sondern doch wohl eher eine „offen gelassene Tür“. Verantwortung dafür trägt niemand anders als die Politikerin der Democrats, Nancy Pelosi, die Sprecherin des Repräsentantenhauses, die in dieser Funktion auch für die Sicherung des Hauses zuständig war und ist.

Die Einen sind immer die Guten und die anderen immer die Bösen

Sicherlich ist Trump weit, weit davon entfernt, ein „Heiliger“ zu sein. Und dennoch ist es erschreckend, wie ungeniert, hemmungs- und skrupellos auch dieses Szenario wieder von Politik und Medien hierzulande genutzt wird: Das „große“ Narrativ, das klassische Framing, vom „unantastbar heiligen“ politischen Establishment auf der einen Seite – und von einem durch Trump und „seinem Hass und seiner Hetze“ an- und aufgestachelten wütenden Mob, also dem scheinbar demokratiefeindlichen Pöbel auf der anderen Seite.

Womit nichts anderes bezweckt wird als jeden noch so besonnen argumentierenden Kritiker sofort und auf der Stelle als Demokratiefeind und Umstürzler mit übelsten Absichten zu stigmatisieren. Oder als vermeintlichen „Verschwörungstheoretiker“ der vernichtenden Lächerlichkeit preiszugeben.

Das eigentliche Problem liegt tiefer – und dieses tritt immer drängender zutage: Die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und der damit einhergehende grundlegende Vertrauensverlust von vielen Millionen Bürgern gegenüber dem Establishment. Und damit auch gegenüber den Macht ausübenden Köpfen der demokratischen Institutionen.

Das aber ist nicht gleichbedeutend mit einer Abkehr von der Demokratie selbst!

Verfolgt man diese Sichtweise weiter, so ist es gerade die permanente, vehemente und pauschale Verunglimpfung und Diffamierung jeder Kritik selbst, die die Bereitschaft zur ergebnisoffenen Debatte zweier Gegenpole – und zwar auf Augenhöhe – vermissen lässt. Und schon das ist vollkommen antidemokratisch.

Und genau so etwas sorgt beim „einfachen“ Bürger für Ohnmacht und hier und da auch für „Wut“ und im schlimmsten Fall für die in einer Demokratie nicht zu akzeptierenden Bereitschaft zur gewaltsamen Aktion.

Es ist somit nicht das Versagen der Demokratie selbst. Es ist in erster Linie ein Versagen der regierenden polit-medialen Pseudo-Eliten, die sich zunehmend hinter der Institution „Demokratie“ verstecken und sich jeder Kritik entziehen wollen. Und diese – berechnete – Kritik kriminalisieren und sich bewusst von immer größeren Teilen der Gesellschaft abschotten. Und damit selbst den größten Schaden an der Demokratie verursachen.

Das ist genau, was wir als „Alternative für Deutschland“ seit

unserer Gründung erleben dürfen. Schon spannt unser unseliger Bundespräsident Steinmeier den Bogen von den Washingtoner Ereignissen hin zu der im Vergleich vollkommen lächerlichen „Erstürmung“ der Reichstagstreppe im Zusammenhang mit der Corona-Demonstration Ende August des vergangenen Jahres.

Die Zeichen stehen auf Sturm. Es geht um das Überleben unserer Demokratie

Man kann zu Präsident Trump stehen, wie man möchte. Man kann über seinen Politikstil streiten und diesen als mindestens diskutabel ansehen. Doch Trump führt den gleichen politischen Kampf – den man schon Kulturkampf nennen muss – wie wir als „Alternative für Deutschland“ in der Opposition. Gegen die gleichen politischen Entwicklungen und gegen die gleichen politischen Gegner – die linksideologisch, öko-sozialistisch global agierenden Eliten aus Politik, Wirtschaft, Medien und NGOs.

Biden hat gewonnen, aber nicht, weil es da keinen Wahlbetrug gegeben hätte, sondern weil Trump die Beweise für eine Vielzahl von essentiellen Betrugereien nicht vorlegen durfte. Wenn Trump nun doch von Biden abgelöst wird – und die jüngsten Ausschreitungen dürften den Bogen für Trump wohl endgültig überspannt haben – dann werden sich die zu beklagenden nationalen und internationalen politischen Fehlentwicklungen massiv beschleunigen.

Analog zu einem sich abzeichnenden und denkbaren Zerbrechen der Republikanischen Partei Trumps stehen auch wir als Alternative für Deutschland unter immensem Druck. Unsere Partei wird nicht nur von außen zersetzt – sondern immer offensichtlicher und rabiater auch von innen.

Neben dem bloßem Hauen und Stechen um etwaige persönliche Karrierechancen im Zusammenhang mit den diesjährigen Bundestags- und anderen Wahlen gibt es weitere, zumeist hausgemachte Probleme, die der so dringend und zwingend

gebotenen Einigkeit unserer Oppositionspartei entgegenstehen:

Bundesverfassungsschutz

Das maßgeblich von Meuthen und des von Meuthen dominierten Bundesvorstands betriebene Einknicken vor und Anbiedern an einen politisch instrumentalisierten Bundesverfassungsschutz. Auch die Ablösung von Roland Hartwig als Leiter der Arbeitsgruppe Verfassungsschutz – ganz offenkundig nicht aufgrund mangelnder Expertise, sondern scheinbar alleine infolge persönlicher Animositäten, die mit unterschiedlichen politischen Auffassungen verbrämt werden.

Versagen in Strategieentwicklung und Schwerpunktsetzungen

Ein weitgehendes Versagen sowohl der Parteiführung als auch des Vorstandes der Bundestagsfraktion in Fragen grundlegender politischer Strategien und Schwerpunktsetzungen. Hier vor allem der Bundesvorstand, aber auch der Vorstand der Bundestagsfraktion sind sowohl öffentlich als auch parteiintern kaum wahrnehmbar. Weder mit politisch-inhaltlichen Positionen noch mit politisch-strategisch erarbeiteten Generallinien in Aktion, Reaktion und Kommunikation zur Begegnung der weltweit immer fragiler werdenden politischen Situation und der uns gegenüber immer massiver werdenden Attacken des polit-medialen Machtkartells.

Dringend notwendig wäre es in diesen Zeiten – nur um Beispiele aufzuzeigen – die Grundziele unserer Parteigründung verstärkt, das heißt, unmissverständlich laut und einheitlich zu kommunizieren. "Europäische Union" und ihre desaströse Wirkung auf die Souveränität der Nationalstaaten. Also, Konzeptionen zum Austritt aus diesem Staatengefängnis.

Konzeptionen und Vorgehensweisen zur Beendigung des desaströsen Währungsexperiments „Euro“, der die Regierungen grundlegend zu Vertragsbrüchen international verbindlicher Verträge animiert und auch nötigt. Eine Währungsunion, die die Geldwertstabilität grundsätzlich nicht herstellen und sichern

kann. Ein Euro, der die einzelnen, unterschiedlichen Volkswirtschaften nicht gemäß ihrer Leistungsfähigkeit monetär bewirtschaften kann. Eine aufgezwungene gemeinsame Währung, die die Bürger einzelner Staaten nachhaltig zur Verarmung verdammt und diese Bürger um ihre lebenslang erarbeiteten Sparvermögen und Altersabsicherungen betrügt. Und auf der Gegenseite die Bürger anderer Staaten leistungslos mit dem Geld anderer beglückt.

Katastrophale Unkenntnis politischer Zusammenhänge

Die katastrophale Rede Meuthens beim Bundesparteitag in Kalkar, die nicht nur die hier besprochenen Punkte betraf, sondern die darüber hinaus den plumpen, alleinigen Machtanspruch Meuthens innerhalb unserer Oppositionspartei formulierte. Dies nicht nur zum denkbar dümmsten Zeitpunkt angesichts der Thematik des Bundesparteitags (Sozialprogramm) und der angesichts der bevorstehenden Bundestagswahl und der Vielzahl anderer Wahlen. Auch das deutlich werden einer offenkundig mangelhaften Analysefähigkeit der politischen Gesamtsituation in- und außerhalb unserer Partei sowie das Fehlen jeglicher Kompetenz in der Analyse, der Identifikation und der Wahrnehmung, der von uns zu bewältigenden politischen und gesellschaftlichen Aufgabenstellungen.

Ausgrenzung anderer ist nicht das Ziel einer fundamentalen Opposition

Die ebenfalls in der oben angeführten Rede des Parteisprechers dargelegte, unangemessene und politisch grundlegend verkehrte Attacke gegenüber einer breiten Bevölkerungs- und potentiellen Wählerschicht: Die „Querdenker“ als eine politisch-ideologisch parteiübergreifende Bewegung, die entstanden ist vor dem Hintergrund ähnlicher Erkenntnisprozesse, die damals auch zur Gründung der Alternative für Deutschland geführt haben.

Die augenscheinliche Ignoranz und Blindheit gegenüber der sehr hohen Wahrscheinlichkeit einer womöglich unmittelbar

bevorstehenden, neuen Parteigründung. Aus den Reihen unzufriedener CDU-ler (Werte Union) – spätestens nach der erfolgten Wahl eines neuen und nicht genehmen CDU-Vorsitzenden – und zur Sammlung der unterschiedlichsten politischen bis dato noch nicht parteilich organisierten Gruppierungen, die ich hier nicht nennen will.

Vor diesem Hintergrund sind mittelbare und unmittelbare Auswirkungen auf die AfD nicht von der Hand zu weisen. Nicht nur aufgrund der drohenden Beobachtung durch den Verfassungsschutz sind Übertritte von Funktionären und Mandatsträger auf allen politischen Ebenen vom Bund über die Länder bis in die Kommunen nicht nur möglich, sondern fast zu erwarten.

Die jüngste Pressemitteilung von Max Otte, in der er seine Beweggründe für seinen Austritt aus dem Kuratorium und der Desiderius-Erasmus-Stiftung darlegt, sollte man hier als entsprechenden Wink und als Hinweis verstehen können. Parteispitze und Stiftungsvorstand alles richtig gemacht? Oder vielleicht doch Szenarien falsch eingeschätzt und Strategieentwicklung verpennt?

Die politische Zeitenwende wird immer deutlicher. Auch die Wendezeit in der AfD?

Wollen wir weiter eine ernstzunehmende Oppositionspartei sein, so muss es zeitnah zwingend zu einer grundlegenden parteiinternen Debatte fernab jeweils persönlicher Machtkalküle kommen. Auch und gerade angesichts des weiter verschärften und verlängerten „harten“ Lockdowns sind unmittelbar bevorstehende, gravierende politisch-ökonomische Verwerfungen in unserem Land zu erwarten.

Wir haben dem deutschen Wähler ein umfassendes, klares und politisches Angebot zu machen. Und zwar JETZT – denn sonst werden es andere machen. Wir müssen uns jetzt auf unsere ursprünglichen Kernanliegen konzentrieren, und zwar

geschlossen und einig. Wir haben uns auf die vorhandenen gemeinsamen Schnittmengen zwischen den national-konservativen, den freiheitlichen, den libertären und den sozialen (nicht sozialistischen!) Mitgliederströmungen zu konzentrieren.

Unser erstes Ziel muss es sein, die drohende endgültige Zerstörung des Nationalstaates und die bevorstehende endgültige Zerstörung des Rückgrates der deutschen Wirtschaft, des Mittelstandes, möglichst abzuwenden und zu retten, was zu retten ist.

Die politische Zeitenwende steht unmittelbar bevor

Dazu bedarf es des alternativlosen Zusammenhaltes, um das polit-ökonomisch-mediale Machtkartell zu spalten und demokratisch zu Fall zu bringen. Die politische Zeitenwende steht unmittelbar bevor – es liegt an uns, ob und wie wir sie mitgestalten wollen und können.

Eines ist sicher: Der Bürger und Wähler, nun weitestgehend eingesperrt, gegängelt und vor dem wirtschaftlichen und damit existentiellen Abgrund stehend, werden nicht darauf warten, bis wir uns entscheiden, ob wir kalt, lauwarm oder warm baden wollen. Was eine Metapher für den einen oder anderen Politiker in der AfD ist.

Derzeit kann es nicht um das Primat des Personellen gehen, sondern um das Primat des Politischen. Und wer dieses nicht versteht oder sogar wissentlich dagegen verstößt, der begeht nicht nur eine Torheit, sondern einen regelrechten Verrat an unseren Zielsetzungen und an unseren Aufgaben für unser Land und unsere Gemeinschaft.

(Martin E. Renner ist Bundestagsabgeordneter der AfD. Er war Anfang 2013 einer der 16 Gründer der Partei in Oberursel. Seine Kolumne auf PI-NEWS erscheint alle zwei Wochen)